

Solothurn soll digitaler und nachhaltiger werden

Gestern stellte der Gesamtratsrat den neuen Legislaturplan vor. Dieser gibt für die nächsten vier Jahre grob die Richtung vor, in die sich der Kanton Solothurn entwickeln soll. Im Fokus stehen die Digitalisierung und der Klimawandel.

Raphael Karpf (Texte)
und José R. Martinez (Bilder)

Wäre der Kanton Solothurn ein Schiff, dann wäre der Legislaturplan so etwas wie der Kompass. Er sagt den Matrosen nicht, wie sie das Segel zu hissen haben. Oder wie die Kapitänin das Steuerrad zu bedienen hat. Aber er zeigt in etwa die Richtung an. Alle vier Jahre stellt die Kantonsregierung einen neuen Legislaturplan auf. Gestern stellte sie denjenigen für die Jahre 2021 bis 2025 vor.

Das Wort, das an der Pressekonferenz wohl am häufigsten fiel: Digitalisierung. Kein Regierungsrat, keine Regierungsrätin und auch der Staatschreiber kamen umhin, den Wandel in der Gesellschaft von analog hin zu digital zu betonen. Die Verwaltung müsse mit diesem Wandel unbedingt Schritt halten. Während der Legislaturplan nun nur grob die Schwerpunkte

setzt, beinhaltet er nichtsdestotrotz auch ganz konkrete Projekte und Ziele. Und diese betreffen in Sachen Digitalisierung jedes einzelne Departement: Sie reichen von einer Bildungs-ID für Schülerinnen und Schüler, die geplant ist, über das weitere Vorantreiben der digitalen Angebote der kantonalen Verwaltung (digitale Steuererklärung, digitale Baugesuche etc.) bis hin zum Bewerbungsprozess für kantonale Stellen, der digital werden soll. Und das sind nur einige wenige Beispiele.

Der zweite grosse Schwerpunkt für die nächsten vier Jahre: der Klimawandel. Es wäre vermessen, zu meinen, der Kanton Solothurn könne diesen alleine aufhalten, sagte Staatschreiber Andreas Eng einleitend. Aber es gelte, einen Beitrag zu leisten, um unsere Lebensräume zu schützen. Und da der Klimawandel kurzfristig nicht aufgehalten werden könne, müsse man sich mit des-

sen unvermeidbaren Auswirkungen auseinandersetzen. Auch hier sind zig Massnahmen in den Departementen geplant: Ein stärkerer Ausbau erneuerbarer Energien, die bessere Vernetzung der Wasserversorgungen, um Wasserknappheiten vorzubeugen, Hochwasserschutz an der Dünern und auch eine nachhaltige Landwirtschaft, um nur einige zu nennen. Bis Ende November können allfällige Änderungen oder Ergänzungen des Legislaturplans eingebracht werden. Diese werden von den zuständigen Kommissionen beraten. Im März wird der Plan dann dem Parlament zur Kenntnis vorgelegt. Dieses beschliesst dann auch gleich über allfällige Änderungsanträge.

Auf diesen Seiten sollen nun einige ausgewählte Projekte und Ziele aus den fünf Departementen erwähnt werden. Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Bau und Justiz: Dem Klimawandel vorbeugen

Der Hochwasserschutz der Dünern wird verbessert.



Sandra Kolly (CVP) ist seit diesem Jahr Vorsteherin des Departements Bau und Justiz. Die Folgen des Klimawandels abzufedern, wird eine ihrer Hauptaufgaben.

Geht es um die Folgen des Klimawandels, ist vor allem das Bau- und Justizdepartement von Sandra Kolly gefordert. Künftig werden extreme Wetterereignisse zunehmen. Das bedeutet zum Beispiel häufiger Hochwasser. Nachdem man das Hochwasserschutzprojekt an der Emme abgeschlossen hat, rückt nun die Dünern in den Fokus. «Wir wollen sie fit machen für die Zukunft», sagte Kolly. Ziel ist es, dass die dafür benötigte Richtplanänderung bis 2024 aufliegt.

Auch sollen Gemeinden, die aktuell noch Hochwasserschutzdefizite haben, bei der Umsetzung von Projekten unterstützt werden. Eine Zunahme von extremen Wetterereignissen be-

deutet gleichzeitig aber auch: häufigere Dürreperioden. Mit damit einhergehender, drohender Wasserknappheit. Kolly: «Wir müssen Lösungen suchen, um die Trinkwasserversorgung robuster zu organisieren.» Heisst konkret: Die Wasserversorger sollen besser miteinander vernetzt werden, sodass Gemeinden, sollte eine Wasserfassung ausfallen, auf andere zurückgreifen können.

Nicht nur bei Wasserknappheit hilft diese Massnahme, sondern auch bei Verunreinigungen bestimmter Wasserfassungen wie zuletzt wegen des Pestizids Chlorothalonil. Denn so könnten verunreinigte Fassungen ausser Betrieb genommen werden,

ohne dass den Gemeinden gleich das Wasser ausgeht.

Nächster grosser Punkt: Gleich mehrere, grosse Bauprojekte stehen an oder sind im Gange: der Neubau des Bürgerspitals Solothurn, ein neues Zentralgefängnis in Flumenthal, ein neuer Polizeistützpunkt in Oensingen, die Neugestaltung des Oltner Bahnhofplatzes und die Verkehrsanbindung Thal. Dazu bemerkte Kolly, dass sämtliche Planungsarbeiten, die solchen Grossprojekten vorgelagert sind, immer komplizierter würden.

Für das neue Zentralgefängnis sowie den Polizeistützpunkt ist geplant, den Verpflichtungskredit Ende 2024 vors Volk zu bringen.

Volkswirtschaft: Neuer Anlauf fürs Energiegesetz

Der Kanton Solothurn soll energieeffizienter werden.



2017 wurde Brigitte Wyss (Grüne) in den Regierungsrat gewählt. Rahmenbedingungen zu schaffen, um möglichst viele Fachkräfte in den Kanton Solothurn zu locken, wird eine ihrer Herausforderungen.

«Der Kanton Solothurn ist attraktiv», begann Brigitte Wyss, Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements. Aber das ändere nichts daran, dass grosse Herausforderungen bevorstünden. Gerade für Betriebe: Tausende «Babyboomer» werden in den nächsten Jahren pensioniert

werden. «Es wird einen riesigen Wettbewerb um jeden gut ausgebildeten Mitarbeitenden geben», prognostiziert sie. Die Aufgabe des Kantons (und gleichzeitig auch die grosse Herausforderung): so gute Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sich Fachkräfte für den

Kanton Solothurn entscheiden. Zu diesem Zweck gibt es bereits die «Standortstrategie 2030», die weiter überarbeitet und vorangetrieben werden soll.

Neu soll künftig noch etwas mehr Werbung für den Kanton gemacht werden. «Wir wollen unseren Aussenaustritt stärken. Und uns klarer und pointierter positionieren als in der Vergangenheit», sagte Wyss. Bis Ende 2022 soll eine solche Positionierung erarbeitet werden.

Eine weitere, grosse Baustelle des Volkswirtschaftsdepartements: Nachhaltiger werden im Energiebereich. Die Ziele: Neue wie auch bestehende Gebäude sollen energieeffizienter werden. Die Fotovoltaik soll stärker gefördert werden. Und die Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge sollen überarbeitet werden. Als Leitfaden für all diese Bemühungen soll die Energiestrategie 2050 des Bundes dienen. Ziel von Wyss: Das überarbeitete Energiegesetz soll 2025 in Kraft treten. Sicher kein einfaches Unterfangen, sagte die Bevölkerung doch zuletzt 2018 hochkant Nein zu einer Überarbeitung des Energiegesetzes.

Und schliesslich will Wyss auch die Landwirtschaft noch weiter zur Nachhaltigkeit bewegen. Eine ganze Reihe von Programmen, die bereits angelaufen sind, soll weitergeführt werden. Dabei geht es unter anderem um die Vermeidung von Pestiziden, um die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest und um Programme zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Bodens.